

PRESSEMITTEILUNG

07. Oktober 2026

Studie untersucht Kosten der Klimapolitik für verarbeitende Industrie

- Folgen des EU-Emissionshandels für 75.000 deutsche Betriebe analysiert (2000–2019)
- Mehr Marktaustritte bei Nicht-Teilnehmern
- EPoS Economic Research Center veröffentlicht Studie

Bonn, Mannheim, 07. Oktober, 2026 - Im EU-Emissionshandel (ETS) kaufen Unternehmen Zertifikate, die sie zum Ausstoß von CO₂ berechtigen. Steigende Preise für Emissionszertifikate führen zu Mehrkosten, die teilweise durch eine kostenlose Zuteilung von Zertifikaten abgedeckt werden. Ökonomen haben jetzt die Folgen des ETS für das verarbeitende Gewerbe in Deutschland untersucht (2000 bis 2019). Während sie bei den regulierten Herstellern kaum messbare Auswirkungen auf Beschäftigung und Löhne feststellen, zeigt sich eine wichtige Erkenntnis bei den Marktaustritten: Betriebe, die am ETS teilnahmen, schieden nur halb so häufig aus dem Markt aus wie nicht regulierte Unternehmen. Die Studienergebnisse veröffentlicht das EPoS Economic Research Center der Universitäten Bonn und Mannheim im Diskussionspapier „Climate Policy, Manufacturing Competitiveness and the Decision to Exit: Evidence from Germany“.

In den ersten beiden Phasen des Emissionshandels erhielten alle Betriebe, die am ETS teilnahmen, ab 2005 eine kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten. Die Forscher verglichen zunächst die wirtschaftliche Entwicklung von Teilnehmern mit Nicht-Teilnehmern. „Unsere Studie zeigt, dass regulierte Hersteller sich deutlich seltener aus dem Markt zurückzogen als nicht regulierte Unternehmen“, sagt Ulrich Wagner vom EPoS Economic Research Center. „Die Wahrscheinlichkeit eines Marktaustritts von ETS-Teilnehmern ist im Vergleich zu den Nicht-Teilnehmern nur halb so hoch. Die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten ist ein wirtschaftlicher Vorteil, der dazu beigetragen hat, den Kostendruck durch steigende Preise für Emissionszertifikate abzufedern und so möglicherweise Marktaustritte zu vermeiden.“

Ab 2013 erhielten nur noch Unternehmen aus Branchen der sogenannten „Carbon-Leakage-List“ eine freie Zuteilung von Emissionsrechten. Diese Sektoren sind vergleichsweise energieintensiv und dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Ziel der EU ist, eine Verlagerung der Produktion an andere Standorte mit weniger strengen Klimavorschriften zu verhindern.

Weniger Marktaustritte bei kostenloser Zuteilung von Emissionsrechten

Die Forscher untersuchten im nächsten Schritt, wie sich die freie Zuteilung von Emissionsrechten nach 2013 auf die verarbeitende Industrie auswirkte. Sie erkennen Hinweise, aber keinen schlüssigen Nachweis, dass Betriebe sich seltener aus dem Markt zurückzogen, wenn sie weiterhin kostenlose CO₂-Zertifikate erhielten.

PRESSEMITTEILUNG

„Insgesamt bestätigt unsere Studie die Erkenntnis anderer Untersuchungen, dass umweltpolitische Maßnahmen und Bemühungen, die betroffenen Branchen zu unterstützen, oft recht geringe Auswirkungen auf die Unternehmensleistung haben“, sagt Kathrine von Graevenitz. „Wenn man sich allerdings ausschließlich auf die Entwicklung der Beschäftigung oder Löhne konzentriert, könnten wichtige Folgen für die Zusammensetzung des verarbeitenden Gewerbes übersehen werden. Diese zeigen sich in den Entscheidungen, den Betrieb aufrechtzuerhalten oder einzustellen. Nach unserer Ansicht ist dies ein vielversprechender Ansatz für künftige Forschung.“

Über die Studie

Die Studie stützt sich auf Daten des Betriebs-Historik-Panels des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die alle deutschen Betriebe im Zeitraum 2000–2019 abdecken. Die Analyse konzentriert sich auf Betriebe des verarbeitenden Gewerbes, die in mindestens einem Jahr mindestens 20 Beschäftigte hatten. Das entspricht etwa 75.000 bis 90.000 Betrieben. Die Forscher identifizierten Betriebe, die dem EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) unterliegen, sowie Betriebe, die von der EEG-Umlage befreit sind, und verglichen diese mit vergleichbaren Betrieben ähnlicher Größe im selben Sektor.

Das vorgestellte Diskussionspapier ist eine Publikation des Sonderforschungsbereichs (SFB) Transregio 224 EPoS. Die vollständige Studie finden Sie hier:
<https://www.crctr224.de/research/discussion-papers/archive/dp775>

Eine Liste aller Diskussionspapiere des SFB finden Sie hier:
<https://www.crctr224.de/research/discussion-papers>

Autoren

Markus Janser, Senior Researcher, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg
Stephen Jarvis, Assistenzprofessor für Umweltökonomik, London School of Economics
Kathrine von Graevenitz, Professorin für empirische Umweltökonomik, ZEW und Universität Mannheim, Mitglied des EPoS Economic Research Centers
Ulrich J. Wagner, Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim und Mitglied des EPoS Economic Research Centers

Der Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPoS

Der 2018 eingerichtete Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPoS, eine Kooperation der Universität Bonn und der Universität Mannheim, ist eine langfristig angelegte Forschungseinrichtung, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird. EPoS befasst sich mit drei zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen: Wie kann Chancengleichheit gefördert werden? Wie können Märkte angesichts der Internationalisierung und Digitalisierung der Wirtschaftstätigkeit reguliert werden? Und wie kann die Stabilität des Finanzsystems gesichert werden?

Pressekontakt

econNEWSnetwork Sonja Heer
Tel. + 49 (0) 40 82244284
Sonja.Heer@econ-news.de

Kontakt

Prof. Kathrine von Graevenitz
Umwelt- und Klimaökonomik, ZEW und Abteilung
Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim
Kathrine.vongraevenitz@zew.de

CRC TR 224 Büro, Marja Eisheuer

Telefon +49 228 73 7926

E-Mail crctr224@uni-bonn.de

www.crctr224.de